

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

9. Mai 1947.

84/J

A n f r a g e

der Abgeordneten A i g n e r, S p i e l b ü c h l e r, Dr. H ä u s l -
m a y e r und Genossen

an den Bundesminister für Inneres,

betreffend Außerdienststellung eines Gendarmerie-Bezirksinspektors.

Bei der Volksgerichtshofverhandlung gegen den ehemaligen Kreisleiter von Neunkirchen wurde auch der Gendarmerie-Bezirksinspektor Rudolf P a u s p e r t l einvernommen. Sein von ihm zugestandenes Verhalten während der letzten Tage des Hitlerregimes in einem Winkel von N.Ö., sein Kadavergehorsam gegenüber verbrecherischen Anordnungen nationalsozialistischer Funktionäre, die keineswegs seine dienstlichen Vorgesetzten waren, sowie sein Eingeständnis, er habe noch Ende April 1945 an den deutschen Endsieg geglaubt, haben nicht nur beim Gerichtshof und bei den im Gerichtssaal anwesenden Personen, sondern darüber hinaus bei der ganzen Bevölkerung tiefe Empörung hervorgerufen.

Es ist allgemeine Überzeugung, daß ein Mann dieses Vorlebens und dieser Gesinnung völlig ungeeignet ist, in der Exekutive der demokratischen Republik und noch dazu als Vorgesetzter zu dienen, mag er auch formell der NSDAP. nicht angehört haben.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, den Gendarmerie-Bezirksinspektor von ~~Lebensee~~ in Oberösterreich Rudolf P a u s p e r t l mit sofortiger Wirksamkeit vom Dienst zu entheben und das Verfahren zu seiner Entfernung aus dem Dienst der demokratischen Republik Österreich einzuleiten?

- . - . - . -